

Berichterstattung „4 Jahre Kreisgebiets- und Funktionalreform“ - Kreistag Juni 2012

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kreisräte, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses, liebe Gäste, werte Vertreter der Medien,

wir haben uns darauf verständigt und ein entsprechender Antrag der Fraktion „Die Linke“ liegt vor, dass ich in der heutigen Sitzung des Kreistages aus Sicht der Verwaltung über 4 Jahre Kreisgebiets- und Funktionalreform berichten werde.

Dies will ich gern tun und darf sie darauf hinweisen, dass sowohl meine Ausführungen als auch die Fragen der Fraktionen der CDU und DIE LINKE zu diesem Thema und die Beantwortung derer, den Fraktionsvorsitzenden im Anschluss übergeben werden und darüber hinaus durch die Verwaltung an das Protokoll der heutigen Kreistagssitzung angehängt werden. Seither absolvierten wir gemeinsam bereits 19 Kreistage, 16 Kreisausschüsse, 16 Jugendhilfeausschüsse, 14 Gesundheits- und Sozialausschüsse, 31 Vergabeausschüsse, 17 Finanzausschüsse, 13 Ausschüsse Umwelt und Technik, 16 Schul- und Kulturausschüsse, 29 Sitzungen der Unterausschüsse des Jugendhilfeausschusses sowie 27 Sitzungen des Ältestenrates.

Vier Jahre entsprechen im politischen System Deutschlands einer gesamten Wahlperiode.

Wir stehen im Moment also auf einer Schwelle, von der aus das Zurück- und Vorwärtsschauen, unter deren Vorzeichen dieser heutige Kreistag steht, möglich wird und lohnt.

Denn einerseits messen vier Jahre einen ausreichend umfänglichen Zeitraum aus, um mit angemessener Distanz bisherige Entscheidungen und deren Konsequenzen betrachten zu können. Andererseits waren die letzten vier Jahre auch so erfahrungsgesättigt, dass wir auf die nächsten vier Jahre mit dem Wissen um Möglichkeiten und Aufgaben vorausschauen und sie erfolgreich gestalten können. Der am 01. August 2008 aus der Taufe gehobene Landkreis Nordsachsen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung haben sich mit aller Kraft den Herausforderungen gestellt, die ihnen die vielfachen Reformen in den Bereichen der personellen, strukturellen und funktionalen Neukonzeptionierungen auftrugen. Für viele Bürgerinnen und Bürger war sicherlich die Gebietsreform selbst eine einschneidende Erfahrung, die zwar zumeist als Notwendigkeit erkannt, jedoch mit Sorge betrachtet wurde. Mit hoher Sensibilität haben alle Beteiligten daran gearbeitet, die Balance der gewachsenen Strukturen nicht durch willkürliche Eingriffe zu gefährden.

Die Stabilität des Landkreises auf allen Ebenen ist unser erklärtes und höchstes Ziel, das war so und das wird auch in der Zukunft so bleiben. Ich möchte die Gelegenheit nutzen um mich für die geleistete Arbeit bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses zu bedanken. Das gilt genauso für unsere Geschäftsführer und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer kommunalen Einrichtungen und Gesellschaften.

Ausdrücklich hervorheben möchte ich an dieser Stelle auch die konstruktive Zusammenarbeit mit den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der Städte und Gemeinden des Landkreises, an deren Spitze Sprecher Oberbürgermeister Kretschmar steht. Kreistage und Ausschüsse waren geprägt von einer sachlichen Atmosphäre. Mein Dank gilt den Fraktionen für die inhaltliche Diskussion, Meinungsfindung sowie demokratische Darstellungen zu den Fach- und Sachthemen. Meinungsbildung und Konsensfindung verlangen nach Engagement, Verantwortungsbewusstsein und Zivilität. Gewiss, wir sind nicht immer einer Meinung – aber entscheidend ist, wie wir damit umgehen.

Ich möchte Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, gleich zu Beginn bitten, Ihre Aufmerksamkeit auf das gehäufte Auftreten der Vokabeln „Kompensation“, „Einsparpotentiale“, „Reduktion“ und „Zusammenlegung“ zu richten, um die Aufgaben zu ermessen, die wir zu bewältigen hatten und haben. Die genannte Stabilität zu gewährleisten, wurde und wird jedoch mit dem gestiegenen administrativen Aufwand, der Funktionalreform geschuldet, die die Übernahme von Aufgaben des Landes Sachsen durch den Landkreis regelt, zu einer stetig wachsenden Herausforderung.

So übernahmen wir Aufgabenbereiche, für die ehemals die Regierungspräsidien verantwortlich zeichneten, Aufgaben der Vermessungsverwaltung, der Regionalschulämter, des Straßenbaus, den Aufgabenbereich „Sozialverwaltung“, die Bereiche Land- und Forstwirtschaft. Und genau diese Abstimmung wurde uns vor vier Jahren aufgegeben mit dem Ziel, aus Teilen ein organisches Ganzes zu bilden – sowohl geographisch als auch strukturell. Keine leichte Aufgabe, wie Sie wissen!

In welchen Bereichen sind also Fortschritte zu verzeichnen, in welchen herrscht Nachholbedarf? Im Vorhinein anzumerken ist, dass sich das dezentrale Verwaltungskonzept einschließlich der Bürgerämter in den vier Mittelzentren Torgau, Delitzsch, Eilenburg und Oschatz bewährt hat. Insbesondere mit den eingerichteten Bürgerämtern, den Außenstellen und den Sprechtagen, mit deren Einrichtung die Ausreichung von Formularen, die Entgegennahme von Unterlagen und die Aufnahme und teilweise auch Klärung von Problemlagen realisiert werden kann, wurde eine gute Lösung gefunden, um die Größe des Landkreises für den einzelnen Bürger zu kompensieren und diesen nur mit geringen Einschnitten in der Erreichbarkeit des Landratsamtes Nordsachsen zu konfrontieren. In vielen Fachbereichen erfolgen Kontaktaufnahme und Kommunikation durch oder mit dem Bürger mittels Schriftverkehr, Telefon, Fax, E-Mail und bei Bedarf aufgrund von Vorort-Terminen.

Die neuen Medien spielen bei der Arbeit in der Verwaltung eine immer größere und bedeutendere Rolle und eröffnen neue Möglichkeiten. Nicht zuletzt deshalb wird die Verwaltung ab September auch das Rats- und Bürgerinformationssystem des Landkreises Nordsachsen intensiver nutzen und auf diesem Weg verstärkt Informationen zur Verfügung stellen. In einer Fußnote möchte ich in diesem Zusammenhang sehr gern auch auf die Relevanz der eingerichteten 7 Tele-Arbeitsplätze verweisen.

Die durch die Übernahme der bestehenden dezentralen Verwaltungsstandorte zur Kreisreform entstandenen Mehrkosten an sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (z. B. Dienstreisen, Kurierfahrten Post, Haltung von Fahrzeugen, Betriebsstoffe u. ä.) in den Jahren 2009/20120 sollen genannt werden. Die Grundlage für diesen Prozess stellte die Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den ehemaligen Landkreisen Delitzsch und Torgau-Oschatz (Drucksache 4/0467/1 des Kreistages Delitzsch, beschlossen am 21.05.2008) dar. Es kann eingeschätzt werden, dass es auch während der Laufzeit des Vertrages keine Ansatzpunkte für Änderungen bzw. Nachbesserungen gegeben hat. Die wesentlichen Inhalte des Vertrages, wie die Festlegungen zur Struktur, zur Bildung von Bürgerämtern sowie zur Durchführung von Außensprechstunden wurden konsequent umgesetzt. Das bedeutet auch, dass die Bürgernähe und die Qualität der Aufgabenerfüllung gesichert ist, in mancher Hinsicht sogar verbessert werden konnte. Die Verbesserungen resultieren teilweise aus der Nutzung von effektiveren Arbeits- bzw. Anwenderprogrammen, welche im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der beiden Altkreise neu erworben bzw. nach Prüfung der Effektivität und Anwenderfreundlichkeit der von den Altkreisen benutzten Anwenderprogramme wechselseitig übernommen wurden. Verbesserungen konnten aber auch durch die bessere und effektivere Verteilung sowie Konzentration einzelner Aufgaben auf die Mitarbeiter und die damit bestehende Möglichkeit der Spezialisierung des Einzelnen erzielt werden.

Eine weitere Möglichkeit, Verbesserungen zu erzielen, bestand in der Aufgaben- und Mitarbeiterkonzentration, d.h. Zusammenfassung von Dezernats- und Amtsbereichen. Die Verbesserungen resultieren dabei insbesondere daraus, dass Anleitungs- und Kontrollaufgaben sowie die Klärung von Problemstellungen der einzelnen Sachbearbeiter bei der Erfüllung ihrer täglichen Aufgaben nunmehr auf direktem und kurzem Wege sowohl durch die Amtsleitung als auch durch die Sachgebietsleitung erfolgen können. Die verbesserte interne Kommunikation zwischen den verschiedenen Bereichen der kommunalen Verwaltung, die sich positiv auf die Abarbeitung administrativer Aufgaben auswirkte, trug ihren Teil dazu bei.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Hinblick auf die Bürgernähe zwar zunächst aufgrund der Umsetzung der Kreisgebiets- und Funktionalreform Einschnitte in Bereichen des Landratsamtes zu verzeichnen waren. Diese konnten jedoch immer besser kompensiert werden.

Mit dem Inkrafttreten der Funktional- und Kreisgebietsreform zum 01.08.2008 wurden im neu gebildeten Landkreis Nordsachsen auch die publikumsintensiven Bereiche Kfz-Zulassungsbehörde und Fahrerlaubnisbehörde an den bisherigen Verwaltungsstandorten Torgau, Oschatz und Delitzsch im gleichen Umfang und mit unverändertem Personalbestand fortgeführt.

Das 2010 verabschiedete Haushalts-Konsolidierungskonzept verpflichtet das Straßenverkehrsamt jedoch zu einer Reduzierung der Präsenz der bürgernahen Bereiche. Die Aufgabe des Verwaltungsgebäudes Striesauer Weg am Standort Oschatz, verbunden mit einer gleichzeitig beschlossenen Personalreduzierung, zog den Entfall der Fahrerlaubnisbehörde am Standort Oschatz ab dem 01.04.2011 nach sich. Die Inanspruchnahme der Dienstleistungen der Kfz-Zulassungsbehörde durch Bürger aus Oschatz und Umgebung ist jedoch weiterhin möglich. Dazu werden seit April 2011 wöchentlich drei Sprechtage am neuen Standort Friedrich-Naumann-Promenade durchgeführt. Dass die Gebiets- und Funktionalreform Synergieeffekte zeitigte, lässt sich kaum bestreiten und anhand einer Vielzahl von Beispielen belegen, so z.B. im Bereich der Querschnittsverwaltung, ohne diese konkret beziffern zu können.

Personelle Einsparungen in der Leitungsebene entstanden durch die Zusammenlegung der Ämter beider Landkreise zu einem Amt des neuen Landkreises. Synergieeffekte sind vor allem in den Bereichen „soziale Fürsorge“, „Schülerverkehr“, „Brand-/Zivil-/Katastrophenschutz“ sowie im Bereich „Wirtschaftsförderung“ aufgrund deren Neustrukturierung zu verzeichnen. Mit der Übernahme des Sachgebiets „Ländliche Entwicklung“ in die Wirtschaftsförderung am Standort Eilenburg wurde ein zentraler Ort im Landkreis Nordsachsen für das Sachgebiet gewählt. Darüber hinaus wurden auch in anderen Bereichen insbesondere unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit Veränderungen vorgenommen.

Durch die Einsparungen bzw. Schließungen konnten Personal- und Objektkosten reduziert werden. Aufgrund der zu erfüllenden Aufgaben, der Landkreisgröße und der im Landkreis vorhandenen Gefahrenpotentiale wurde im Dezernat Ordnung ein Amt für die Bereiche Brand-, Zivil und Katastrophenschutz neu aufgebaut.

Auch der Rettungsdienst wurde bzw. wird immer enger mit diesen Bereichen zusammengeführt, so dass sich alle aus dem Sächsischen Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz erwachsenden Aufgaben zukünftig in einem Amt befinden.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Zusammenarbeit über die Sachgebiete und Aufgabenbereiche eine gute Abstimmung ermöglicht. Bewährt haben sich die Aufgabenverteilung in den Sachgebieten und die Konzentration auf Schwerpunktaufgaben. Aber es bedarf doch eines gewissen Spielraumes, damit sich Synergien entfalten können. Wir sind, so meine Einschätzung, nicht mehr weit davon entfernt, dass diese in nicht mehr arbeitsfähige Energie umschlagen könnten.

Effizienz darf nicht mit Kürzung verwechselt werden, wenn die Steigerung durch Kooperation bedeuten soll, dass eins und eins weiter zwei ergibt. Es muss allen bewusst sein, dass durch die dezentrale Verwaltungsstruktur an mehreren Verwaltungsstandorten weitere Synergieeffekte verhindert werden.

So gibt es Mehraufwendungen, die bei verschiedenen Anschaffungen von IT-Technik, Fuhrpark, Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens in den übernommenen Ämtern wie Vermessungsamt und im Forstbereich notwendig wurden. Da im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform keine Kündigungen ausgesprochen wurden, sind dadurch auch keine finanziellen Personaleinsparungen zu verzeichnen, die bei der Zusammenführung zum 01.08.2008 der beiden Verwaltungen eigentlich zu erwarten gewesen wären.

Ich betone, der Weg den wir gingen, war notwendig und richtig. Darüber hinaus wurden die ehemaligen 333 Landesbediensteten zum 01.08.2008 aus dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst übergeleitet, wobei unter Beachtung des Schlechterstellungsverbot es jeder Landesbedienstete in die nächsthöhere Stufe seiner Entgeltgruppe gelangte. Bis 2014 werden rund 142 Stellen sozialverträglich abgebaut.

Wenn wir weiter das Haushaltskonsolidierungsprogramm umsetzen, wird dies auch in Zukunft ohne betriebsbedingte Kündigungen stattfinden. Insgesamt ist positiv festzustellen, dass die Personalausgaben trotz der Mehrkosten infolge Überleitung bzw. verschiedener Tarifsteigerungen seit 2009 durch eine konsequente Umsetzung des Personalabbaus im Sinne des Haushaltssicherungskonzeptes mit rd. 46 Mio. Euro stabil gehalten werden konnten. An dieser Stelle möchte ich sehr gern die stets vertrauensvolle, konstruktive und durch regelmäßige Treffen gesicherte Zusammenarbeit mit dem Personalrat des Landratsamtes hervorheben. Dieser nahm und nimmt seine Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes während des Reformprozesses in konstruktiver Weise wahr.

Als Fazit lässt sich somit festhalten, dass die Qualität der Aufgabenerfüllung nicht gelitten hat, teils sogar durch die durch Fusionen und Umstrukturierungen erreichten Synergieeffekte gehoben werden konnte. Die Kreisgebiets- und Funktionalreform bot sogar durch verschiedene Arbeitsmodelle die Chance zum Generationswechsel und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Dennoch stellt die Reform sowohl an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch an die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises hohe Anforderungen, die sich nur mit Engagement, Verständnis und Flexibilität erfüllen lassen.

Es ist wahr, dass uns der demographische Wandel härter trifft als angrenzende Regionen oder den Freistaat selbst. In dieser Situation ist es von höchster Relevanz, sich auf die regionsspezifischen Kernkompetenzen zu konzentrieren. Für Pessimismus gibt es keinen Anlass, denn die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Landkreis gibt uns recht: Die Zahl der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquote sinken seit 2008 kontinuierlich. Letztere betrug im Landkreis Nordsachsen im Mai 2012 11,4 Prozent.

Das sind immer noch 11,4 Prozent zu viel, aber ich gehe davon aus, dass wir im Jahr 2013 unter 10 Prozent liegen werden. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hingegen ist seit 2008 um fast 2000 auf im Jahr 2011 65.776 gestiegen. Weitere Zahlen sollen diese Entwicklung darstellen: Beantragten 2008 noch 102 Unternehmen eine Insolvenz, sank die Zahl im Jahr 2011 auf 89 und sinkt, so sieht es jetzt aus, auch 2012 weiter. Auch stiegen die Jahresumsätze im verarbeitenden Gewerbe, von 1.779 Mio. EURO (2009) auf 2.261 Mio. EURO (2011), sowie im Bauhauptgewerbe, von 214.2 T EURO (2008) auf 344.5 T EURO (2011), kontinuierlich an. Diese Steigerungen sind jedoch mit einer der größten Herausforderungen der kommenden Jahre verbunden, dem Fachkräftemangel. Diesen zu kompensieren, ist unser vorrangiges Ziel und eine Aufgabe für die Zukunft. Wir befinden uns jedoch im Moment, im Gegensatz zu früheren Jahren, in einer Situation, in der wir offene Lehrstellen verzeichnen können und so dem Defizit an Fachkräften gegensteuern müssen.

Im Kontext der Erörterungen zur wirtschaftlichen Lage möchte ich an dieser Stelle eine kurze Bemerkung zum FOC (factory-outlet-center) in Wiedemar einflechten. Ich kann Ihnen mitteilen, dass uns von Seiten der Stadt Leipzig und auch Schkeuditz zugesichert wurde, dass gegen den Bau des FOC keine weiteren Aktivitäten und Klagen angestrengt werden. Die Städte Leipzig und Schkeuditz akzeptieren also die Entscheidung der Gerichte. Damit ist der Weg frei für das FOC und konkrete Gespräche mit dem Investor zum Baubeginn.

Es ist mir an dieser Stelle auch ein Anliegen, Sie hinsichtlich der Gespräche zur Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Region Leipzig zu informieren, eine Informationsvorlage dazu ist Bestandteil der Tagesordnung. Am 11.6. fand eine erneute Abstimmung zwischen den Landkreisen, der Stadt Leipzig und der IHK statt. Zur Kenntnisnahme möchte ich Sie darüber informieren, dass die Stadträte der Stadt Leipzig noch nicht offiziell über den derzeitigen Arbeitsstand informiert wurden. So informierte in der vergangenen Woche der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig Jung. Die Beschlussvorlage soll heute erst in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig behandelt werden und noch nicht im Stadtrat. Über die weitere Entwicklung werde ich Sie selbstverständlich aktuell und zeitnah informieren. Der Landkreis Nordsachsen, der Landkreis Leipzig und die Stadt Leipzig bleiben im Gespräch und arbeiten auf das Ziel einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung hin. Die Ergebnisse der Gespräche werden im Herbst in die Gremien eingebracht. Die Industrie- und Handelskammer machte hier den Anfang und beriet gestern. Die

Vertreter der Stadt Leipzig bringen die Themen in die Stadtratssitzung im September ein. Die Vertreter der Landkreise Nordsachsen und Leipzig werden, wie vorgesehen, in Vorbereitung der Kreistage im Oktober darüber diskutieren.

Ich habe die Absicht, in den nächsten Ältestenrat am 12.09. Herrn Oberbürgermeister Jung, Herrn Landrat Dr. Gey, Vizepräsident Herrn Dr. Feist von der Landesdirektion, sowie Herrn Topf, den Präsidenten der IHK zu Leipzig, zur Information einzuladen.

Einige weitere Zahlen zur ILE/LEADER-Förderung: Das uns zur Verfügung stehende Gesamtbudget für die laufende Förderperiode beträgt ca. 35,975 Mio. EURO, von denen bisher ca. 18,05 Mio. EURO ausgezahlt werden konnten. In den verbleibenden Jahren 2012 und 2013 stehen aktuell noch weiter ca. 9,29 Mio. EURO zur Verfügung. Im Jahr 2011 konnten insgesamt ca. 14,771 Mio. EURO an Fördermitteln gebunden werden, mit denen Investitionen im privaten gewerblichen und kommunalen Bereich von ca. 30,138 Mio. EURO angeschoben werden konnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich vor diesem Hintergrund zum damit verbundenen Thema „Haushalt“ überleiten. Hier gilt: Wir werden weiterhin mit einer angespannten Haushaltssituation sowie mit einer Haushaltssperre umgehen müssen. Ich nehme es vorweg: Die Hauptursache hierfür stellen die neuen Belastungen durch den Bund und das Land dar. Dass wir uns bereits im Konsolidierungsprogramm befinden, stellt also eine Notwendigkeit dar. Wir haben dieses zeitgemäß bis heute zu 100% umgesetzt. Eine weitere Untersuchung der WIBERA soll dies bestätigen. Momentan wird geprüft, ob alle Mittel vom Bund über das Land an die Kommunen und den Landkreis weitergereicht wurden. Eines möchte ich jedoch hinzufügen: An der Kreisumlage wird nicht gerüttelt!

Wir wissen auch, bereits die Landkreise Delitzsch und Torgau-Oschatz wiesen vor der Kreisreform Fehlbeträge aus. Als Erfolg ist es daher zu werten, dass bis 2010 die Altfehlbeträge gedeckt werden konnten, wenn auch nicht aus der laufenden Rechnung, sondern durch Veräußerungen und den Verzicht auf Investitionen. Trotz eines wirksamen Haushaltssicherungskonzeptes und der Durchsetzung von Haushaltssperren weist der Haushalt seit 2010 neue Defizite auf. Dies ist auf zwei Ursachen zurückzuführen: Erstens ist der Landkreis hoch verschuldet und besitzt zweitens ein strukturelles Problem: Er verfügt über eine große Fläche, jedoch über die wenigsten Einwohner. Die Lage ist viel zu ernst, als dass wir feststellen könnten, wir hätten so immerhin die geringsten Personalausgaben pro Quadratmeter. An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass wir das Ergebnis im Spitzengespräch zum Finanz-Ausgleichs-Gesetz (FAG 2012/13) als fair und ausgewogen anerkennen. Die Ergebnisse werden jedoch noch nicht 2012, sondern erst in den Jahren 2013 und 2014 wirksam. In vielen Punkten haben wir hier unsere Argumente wiedergefunden. Aber, das möchte ich hinzufügen: Das wird für den Landkreis nicht reichen. Wir sind ein Flächenkreis und müssen - gerade wegen seiner geringen Besiedlungsdichte - eine gewisse Verwaltung vorhalten.

Wir verlangen keine Sonderbehandlung, aber eine faire Abwägung der Bewertungskriterien, die in ihrer momentanen Form nur partiell den z.B. demographischen Herausforderungen entsprechen.

Tatsächlich vermitteln die Hochrechnungen für das aktuelle Haushaltsjahr ein problematisches Bild. Das prognostizierte Minus von 11,5 Mio. EURO stellt einen realistischen Blick auf die momentane finanzielle Lage und eine Herausforderung an alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis dar. Die gekürzten Bundeszuschüsse im sozialen Bereich, die nun fehlenden Mittel des Konjunkturpaketes II mit starken Auswirkungen u.a. auf dem kulturellen Sektor, der anhaltende Bevölkerungsschwund und die geringer als gedacht ausfallende Kreisumlage lassen sich nicht ohne weiteres kompensieren oder ausgleichen. Und die Belastungen von außen gehen weiter.

Ganz aktuell von dieser Woche ein weiteres Beispiel. So sieht der Entwurf des Bundesgesetzes zum Elterngeld vor, dass die praktische Realisierung, die Durchführung und die Auszahlung durch den Landkreis erfolgen sollen. Aus heutiger Sicht bedeutet dies: 2013 werden ca. 500 Kinder bzw. deren Eltern im Landkreis Anspruch auf das Betreuungsgeld haben, das 2013 100 EURO pro Monat für Kinder im zweiten Lebensjahr beträgt. Um den damit verbundenen Verwaltungsaufwand bewältigen zu können, würden zwei zusätzliche vollbeschäftigte Mitarbeiter benötigt, so dass die Personalkosten im Ganzen geschätzt um etwa 150.000 – 200.000 EURO anstiegen. Hinzu kommen die gestiegenen Ausgaben im sozialen Bereich und die Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst. Einige konkrete Zahlen: Der Bund kürzte die Zuschüsse für die Betreuung von Hartz-IV-Empfängern um ca. 5,5 Mio. EURO. Auch sind die Schlüsselzuweisungen des Bundes gesunken. Damit stehen uns wiederum ca. 2,0 Mio. EURO weniger zur Verfügung. Auch müssen wir mit einer um 1,1 Mio. EURO geringeren Beteiligung der ARGE im Zusammenhang mit der Personalabrechnung umgehen. Auf der anderen Seite stehen die gestiegenen Ausgaben, hervorgerufen etwa durch die neu verhandelten Tarife im öffentlichen Dienst (ca. 900T EURO).

Auch im Sozialbereich müssen wir mit Mehrausgaben in der Höhe von ca. 2 Mio. EURO rechnen. Und auch hier wurde eine Untersuchung eingeleitet. Die Definition von Zumutbarkeit kann sich dabei, meiner Meinung nach, nicht allein an den Bevölkerungszahlen, sondern muss sich auch, wenn z.B. die Bereitstellung einer funktionierenden Infrastruktur in den Blick genommen wird, an der Gebietsfläche orientieren. Darüber hinaus verursachte auch die Einführung der Doppik, also der Doppelten Buchführung in Konten, einen erheblichen finanziellen und administrativen Aufwand. Wir müssen nun im Rahmen ihrer Einführung geeignete Berechnungsgrundlagen für die Haushaltsansätze zur künftigen Mittelbereitstellung ermitteln.

Ob und wie sich die Vorteile der Doppik, d.h. Ressourcenorientierung, Kostentransparenz, Kostenvorteile und effizienteres Arbeiten, entfalten lassen, wird der Praxistest in den nächsten Jahren erweisen.

Im Ganzen will ich aber explizit anmerken, dass sich unsere Bemühungen anfangen auszuzahlen und uns die aktuellen Arbeitsmarktzahlen, wie bereits angemerkt, rechtgeben. Um die rückläufigen Einnahmen aus dem Mehrbelastungsausgleich auszugleichen, die bereits in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt wurden, müssen in den nächsten Jahren bis 2015 die Konsolidierungsmaßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes voll umgesetzt werden, damit es, wie im Haushaltssicherungskonzept vorgesehen, 2015 keinen Fehlbetrag gibt.

Das ist und bleibt unsere Aufgabe. Wir arbeiten deshalb eng und ergebnisorientiert mit der Wibera zusammen, mit der wir eine neue Überprüfung diskutieren werden.

Wie soll also die Zukunft unseres Landkreises aussehen?

Zwei Orientierungsrichtlinien vermitteln uns dahingehend ein Bild: 1. Das Entwicklungskonzept des Landkreises Nordsachsen. 2. Der Landesentwicklungsplan des Freistaates Sachsen. Mit dem Kreisentwicklungskonzept des Landkreises Nordsachsen beabsichtigen wir, erstmals einen zusammenfassenden Überblick über den gesamten Landkreis für den Planungszeitraum bis zum Jahr 2020 vorzulegen. Im September wird den Kreisräten das Kreisentwicklungskonzept Nordsachsen als Position der Verwaltung zur mittelfristigen Entwicklung des Landkreises übergeben. Als Hauptzug der Konzeption lässt sich die interne und externe Vernetzung des Landkreises auf sozialer, technischer und wirtschaftlicher Ebene ausmachen. Stadt und Land, jung und alt, kommunal und privat sollen arbeitsteilig zusammenfinden, um vorhandene Kompetenzen zu sichern sowie Potentiale aufzutun und zu entfalten. Im Zentrum unserer Bemühungen müssen dabei Infrastrukturprojekte stehen wie der Ausbau der B 2 (Wellaune und Hohenossig), die B 87n oder aber auch die Erstellung einer Prioritätenliste zur Instandhaltung/ Sanierung von Kreisstraßen. Zum letztgenannten liegt ein Antrag der FWG-Fraktion vor und ich kann zusichern, dass diesem entsprochen wird und dieser bis zur Erstellung des Wirtschaftsplanes 2013 vorgelegt wird. Auch der Etablierung moderner Kommunikationsmittel müssen wir uns noch verstärkter widmen, gerade in Peripheriegebieten. Dies trägt zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei und ermöglicht die Förderung qualifizierten Nachwuchses und die gezielte Ausbildung von Fachkräften, die wir, wie ich bereits erwähnte, dringend brauchen. Eine große Verantwortung in diesem Prozess tragen die Arbeitsagentur und der Jobcenter, Frau Ungethüm wird uns dazu im Anschluss noch detaillierter berichten.

Doch ich glaube, ich greife nicht vor, wenn ich mich darüber freue, dass zukünftig die Zuständigkeit für den gesamten Landkreis Nordsachsen bei der Agentur in Oschatz liegt und dies eine Stärkung des Verwaltungsstandortes Oschatz bedeutet. Qualifikation erreicht man nur durch Bildung, die für das Kreisentwicklungskonzept von zentraler Bedeutung ist. Eingang finden werden die Punkte:

Standortsicherheit von Schulen, die Entwicklung von Kompetenzzentren und die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft. Bildung ist unser höchstes Gut, es erhält und stärkt unser Gemeinwesen. Es ist unser Kapital!

Deshalb werden wir auch die Schulnetzplanung für den gesamten Kreis im Kreistag im Dezember dieses Jahres vorstellen. Bei der für unseren Landkreis zentralen Landwirtschaft setzen wir auf Nachhaltigkeit, durch die sowohl die Qualität der Erzeugnisse als auch der Erhalt einer einzigartigen Kulturlandschaft garantiert wird. Hierbei müssen die erneuerbaren Energien eine noch größere Beachtung finden, da wir als Landkreis auf eine dezentrale, unabhängige Energieversorgung setzen müssen, die uns einen Vorsprung gegenüber den städtischen Gebieten sichert. Die Nutzung einheimischer Ressourcen, z.B. Braunkohle, ist in diesem Zusammenhang von höchster Relevanz. Durch dieses Konzept der Regionalentwicklung verfolgen wir primär das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern, um so eine grundlegende Chancengerechtigkeit garantieren zu können. In diesem Zusammenhang wird uns vor allem der demografische Wandel vor große Herausforderungen stellen. Wir müssen uns deshalb, um die Sicherung der Daseinsvorsorge weiterhin gewährleisten zu können, auch z.B. hinsichtlich der gesundheitlichen Versorgung und des Ärztemangels, auch hier um Nachhaltigkeit der zu treffenden Maßnahmen bemühen. In diesem Zusammenhang möchte ich wiederholt betonen, dass die Kreiskrankenhäuser weiterhin in kommunaler Hand bleiben und die flächendeckende Gesundheitsversorgung damit gesichert ist.

Mit den Kreiskrankenhäusern in Delitzsch/Eilenburg, Torgau und Oschatz sind wir richtig aufgestellt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben hier hervorragende Arbeit geleistet. Anpassung und Initiative sind die Leitmotive, die uns auf die Nutzung der Kompetenzen und Potentiale aller Bevölkerungsgruppen verweisen. Das soziale Engagement wird zweifellos weiter an Bedeutung gewinnen. Die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren, die Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks sowie des Deutschen Roten Kreuzes, die im Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz Engagierten also, sowie die LIGA und die Sozialverbände, sorgen für die Unversehrtheit menschlichen Lebens und sächlicher Güter. Sie sind täglich in teils lebensgefährlichen Einsätzen, um ihre Mitmenschen vor Gefahren zu schützen. Auch die vielen Mitglieder der Vereine im Landkreis haben die Notwendigkeit erkannt und bereichern durch Ihr ehrenamtliches Engagement das gesellschaftliche Leben; ja, halten es in vielen Bereichen sogar aufrecht.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine wichtige Bemerkung anfügen: Gemeinsam mit dem Ostdeutschen Sparkassenverband, der Sparkasse Leipzig, der Stadt und dem Landkreis Leipzig beabsichtigen wir zu einem einheitlichen Sparkassen-System zurückzugelangen. Das Ziel ist es, den

Austritt aus der Sachsen-Finanzgruppe zu beantragen. Die Beratung einer gemeinsamen Vorlage ist für den Herbst 2012 angesetzt.

Das Ziel lautet wie folgt: alle Mitglieder der Sachsen-Finanzgruppe treten aus dieser aus, die Sachsen-Finanzgruppe wird aufgelöst, ein einheitliches Sparkassensystem wird in Sachsen wieder eingerichtet. Unsere letzten Gespräche haben es gezeigt: Wir können es schaffen!

Zurück zur Reduzierung der finanziellen Ressourcen der Kommunen: Die Intention der Landesregierung Beratungs-, Unterstützungs- und Hilfsangebote im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen regional zu vernetzen, setzen wir deshalb bereits seit 2008 konsequent um und nutzen die daraus resultierenden Synergieeffekte in allen sozialen, ökonomischen und ökologischen Bereichen. Das Netz der Mittelzentren Torgau, Eilenburg, Oschatz, Delitzsch und Schkeuditz ist also mehr zukunftsfähig, gerade weil wir konsequent die Anpassung an die sich verändernden Lebensbedingungen vorantreiben und aktiv Gegenstrategien entwickeln, um so die Lebensqualität und die Zukunftschancen für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises zu sichern. Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt noch eine ganze Reihe nicht immer einfacher aber interessanter Aufgaben vor uns.

Die Aufgaben werden nicht geringer, denn wir befinden uns immer noch mitten im Prozess der Umgestaltung und müssen doch bereits auf dessen Folgeerscheinungen, die sich zum Teil erst spät abzuzeichnen beginnen, adäquat und flexibel reagieren. Die Handlungsspielräume hierfür, vor allem in finanzieller Hinsicht, werden für die Kommunen und kommunale Verwaltung jedoch zusehends enger und verlangen nach weiteren konzeptionellen Überlegungen auf funktionaler und struktureller Ebene.

Der Kreis gilt eben nur in der Mathematik, Philosophie und Kunst als perfekte Form.

Unser Landkreis hingegen ist kein perfektes Kunstgebilde, aber außerordentlich lebens- und liebenswert. Dazu beigetragen hat ohne Zweifel unser Verständnis von einer modernen Verwaltung als bürgernahes Dienstleistungsunternehmen sowie das große Engagement der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises. Dieses Ansinnen wollen wir auch in den kommenden Jahren weiter verfolgen. Und dies können wir nur dann, wenn wir weiterhin konsequent auf das Miteinander von Bürgern des Landkreises und Mitarbeitern der Kreisverwaltung setzen. Vielleicht können wir mit dem heutigen Kreistag eine Tradition etablieren: Ich beabsichtige, in jedem Jahr im Kreistag Ihnen einen Rückblick auf die geleistete Arbeit des Landkreises und dessen Entwicklungsrichtung zu ermöglichen. Immerhin ist, um mit einem Zitat zu schließen, Information der Kitt der Gesellschaft.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.